

**Verkehrsamt Schwyz
Schiffinspektorat
z.H. Herr Clemens Krienbühl
Postfach 3214
6430 Schwyz**

Pfäffikon, 27. 8. 2012

**Vernehmlassung FDP Kt. Schwyz zur Anpassung der Schiffssteuer an die
Teuerung**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Sehr geehrter Herr Krienbühl

Zum Vernehmlassungsverfahren nimmt die FDP gerne Stellung.

Einleitung/Allgemeines:

Das bestehende Gesetz aus dem Jahre 1991 erfüllt auch aktuell die zeitgemässen Anforderungen. Folglich sind keine materiellen Änderungen eingeflossen.

Die FDP erachtet es als zulässig, die aufgelaufene Teuerung den Gebührensätzen anzupassen. Im Sinne einer effizienten Mitteleinsetzung ist es der FDP ein Anliegen, den einfachen Weg einer Gebührenerhöhung mit Vorsicht zu beschreiten.

Problematisch beurteilt die FDP, dass sämtliche finanzielle Aufwendungen der kantonalen Verwaltung im gesellschaftlichen Zusammenhang mit Gewässern nur den Schiffsbesitzer anzulasten. Der Aufgabenbereich betrifft nicht nur Aufgaben in

Verbindung mit steuerpflichtigen Schiffen und Booten. Eine Kausalität muss auch anderen Funktionen der öffentlichen Sicherheit zugeordnet werden.

Zum Beispiel gibt es Kostenverursacher auf dem See, welche keine Schiffssteuern bezahlen: Badende, Strassenverkehrsteilnehmer die im See verunfallen, Surfer, Kitesurfer, Kanu- und Gummibootfahrer, Personensuchaktionen. Diese nichtzahlende Gruppe verursacht punkto Seerettung mindestens so viel Aufwand wie die besteuerten und ordentlich ausgerüsteten Bootsbesitzer. Die Seerettungskosten werden generell den Seegemeinden aufgebürdet, während der Kanton die Einnahmen der Schiffsteuern ausschliesslich für sich behält. Für die genannten Risikogruppen handelt es sich zum kleineren Teil um Einwohner der Seegemeinden, weshalb in Analogie zur Bergrettung die geltende Kostenteilung zwischen Seegemeinden und Kanton zu hinterfragen respektive analog zu regeln ist.

Im Massnahmenkatalog der Regierung zu den Kantonsfinanzen wird der Kostenwahrheit grosses Gewicht zugeteilt. Aus diesem Grund beurteilt es die FDP negativ, dass die Schiffsabgaben vom Kanton erhoben werden, die Gemeinden jedoch die Kosten für die Seerettung zu tragen haben.

Zu den Steuertarifen:

Das Gesetz erlaubt auf Grund der aufgelaufenen Teuerung eine Anpassung der Steuertarife. Grundsätzlich wird einer allgemeinen gleichmässigen Anhebung aller Steuertarife zugestimmt. Ob den maximal zulässigen Ansatzserhöhungen Folge geleistet werden muss, ist jedoch in Frage zu stellen.

Zu Gunsten der Transparenz ist auf den Wechsel der Berechnung der Teuerung mit Jahresmittelwerten zu verzichten, sie erscheinen nicht wirklich transparenter.

Aus Sicht der FDP sollte bei der Besteuerung ausschliesslich auf das Verursacherprinzip abgestellt werden. Das heisst, dass sich Abgaben für alle Boote ausschliesslich an der Grösse ihrer Motoren zu richten haben und weder auf Bootsumfang, Schwertlänge oder Segelgrösse abzustellen ist. Eine Besteuerung nach Segelgrösse ist eine Luxussteuer, der die FDP nicht zustimmen kann. Aus diesem Grund schlägt die FDP vor, die Bestimmungen über die Besteuerung nach Segelgrösse ersatzlos zu streichen. Im Sinne einer ökologischen Lenkungssteuer genügt es, alle Boote lediglich auf ihrer Motorengrösse zu besteuern.

Um dem Verursacherprinzip sowie ökologischen Steuerungsmechanismen gerecht zu werden, wird höheren Abgaben auf Booten mit höherer Verbrennungsmotorenleistung zugestimmt.

Nebst der Anhebung der Schiffssteuer besteht die Absicht, dass die Gebühr für die Benützung des Strandbodens erhöht wird. Den umfangreichen Anteil für den Unterhalt des Strandbodens tragen heute die Gemeinden. Der Kanton beteiligt sich nur an den Kosten, welche die Schifffahrt betrifft.

Die Folge einer Benützungsgebühr trifft die Bootsbesitzer übermässig, müssten diese jedoch eine mehrfache Gebührenerhöhung entgegen nehmen.

Wir ersuchen Sie, sehr geehrter Herr Regierungsrat, die in unserer Vernehmlassung getätigten Anregungen zu prüfen und in unserem Sinne in die neuen Bestimmungen einfließen zu lassen.

Einstweilen bedanken wir uns, für die Möglichkeit im Vernehmlassungsverfahren Stellung nehmen zu können.

Mit freundlichen Grüssen,

FDP. Die Liberalen; Kanton Schwyz